

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendbeilage einschließlich Dringender monatlich 80 Pf. und die Post bezogen vierteljährlich M. 3.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gespaltene Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 239.

Dresden, Freitag den 15. Oktober 1909.

20. Jahrg.

## Volkschule und Landtagswahlen.

### I. Die Frage des Religionsunterrichts.

Sachsen hört sich gern das Land der Schulen nennen. Es ist stolz auf seinen Ruf und Ruf. Es soll ohne weiteres gegeben werden, daß das sächsische Schulwesen die göttlichen Einrichtungen, die man im Lande der Dämonen für die Volkjugend geschaffen hat und aufrecht erhält, Qualität überträgt. Es ist aber kein Ruhm, auf dem der wichtigsten Kulturgebiete, dem der öffentlichen Jugendzucht, nicht gerade im allerletzten Gliede zu markieren.

Doch in Sachsens Volksschulen noch vieles sehr faul aus, daß sie noch sehr vieles an Rückständigkeit und an Verfall und Verfall mit sich herumtrügen, zeigen die öffentlichen Klänge um die Volksschulreform, und es ist nicht der erfreulichsten und bedeutendsten Zeichen, daß diese im gegenwärtigen Landtagswahlkampf mit an erster Stelle steht. Die arbeitenden Massen haben begriffen, daß es um eine Frage von allergrößter Tragweite handelt, um die Frage, die unmittelbare Lebensinteressen der Arbeiterklasse berührt. Jährelang hat die Sozialdemokratie für durchgreifende Volksschulreformen gekämpft und gestritten, bis endlich auch der Landtag gewungen wurde, wenigstens den Schritt zu erwenden, auch er halte Reformen auf dem Gebiete des Schulwesens für „bringlich“.

Die Anträge der Deputation, die Regierung zu ersuchen, dem nächsten Landtage einen Entwurf zu einem neuen Volksschulgesetz vorzulegen, in das eine Reihe von genaueren Bestimmungen aufzunehmen sei, wurden von der zweiten Kammer angenommen, stoßen aber auf den lebhaften Widerspruch der Lehrer. Mit einer seltenen Einigkeit wenden sie sich vor allem gegen den Punkt C der Deputationsanträge, in dem gefordert wird:

in Wege der Vererbung und der Instruktion dafür zu sorgen, daß die Methode des Unterrichts den anerkannten Grundsätzen der pädagogischen Wissenschaft nach ihrem gegenwärtigen Stande entsprechend gestaltet werde, insbesondere daß der Memorierstoff im allgemeinen, insbesondere aber auch bei dem Religionsunterricht in angemessenen Grenzen gehalten;

b) der Religionsunterricht im Geiste der betreffenden Kirche anzubinden und den Buchstaben der Bekenntnisformeln durch lebendige Einföhrung in das Leben um die Lehre Christi an der Hand der heiligen Schrift erteilt werde, für die Schüler aber die heiligen Schriften als wünschenswert, an Stelle der Volksschule ein biblische Lesebuch, jedoch unter Beibehaltung des Neuen Testaments und der Psalmen in den Klassen eingeföhrt werde.

Das war die schärfliche Antwort des Landtags auf die Forderungen der Lehrer, die endlich auch entschiedener als bisher auf Reformen drängen. Auf der Hauptversammlung des sächsischen Lehrervereins, die im September 1908 in Zwickau abgehalten wurde und an der mehr als 8000 Lehrer teilnahmen, stimmte man gegen 12 Stimmen den folgenden Zwickauer Thesen zu, die folgenden Wortlaut haben:

1. Religion ist ein wesentlicher Unterrichtsgegenstand, und der Religionsunterricht eine selbständige Veranstaltung der Volksschule.
2. Er hat die Aufgabe, die Gesinnung Jesu im Rinde lebendig zu machen.
3. Lehrplan und Unterrichtsform müssen dem Wesen der Anterlese entsprechen, und Festsetzungen darüber sind ausschließlich Sache der Schule. Die kirchliche Auffassung über den Religionsunterricht ist aufzuheben.
4. Nur solche Bildungstoffe kommen in Betracht, in denen dem Rinde religiöses und sittliches Leben anschaulich entgegentritt. Der Religionsunterricht ist im wesentlichen Geschichtsunterricht. Im Mittelpunkt hat die Person Jesu zu stehen. Besondere Beachtung verdienen außer dem entsprechenden biblischen Stoffen auch Lebensbilder von Förderern religiöser und sittlicher Kultur auf dem Boden unseres Volkstums mit Veranschaulichung der Neuzeit. In ausgiebiger Weise sind auch die Ergebnisse des Rindes zu verwerten.
5. Die Volksschule hat systematischen oder dogmatischen Religionsunterricht abzulehnen. Für die Oberstufen können als geeignete Grundlage für eine Zusammenfassung der in der christlichen Religion enthaltenen sittlichen Gedanken die zehn Gebote, die Bergpredigt und das Vaterunser bezeichnet werden. Der Katechismus Luthers kann nicht Grundlage und Ausgangspunkt der religiösen Jugendunterweisung sein. Er ist als religionsgeschichtliche Urkunde und evangelisch-lutherische Bekenntnisschrift zu würdigen.
6. Der religiöse Lernstoff ist nach pädagogisch-psychologischen Grundsätzen neu zu gestalten und wesentlich zu kürzen, der Lernvorgang zu mildern.
7. Der Religionsunterricht soll vor dem dritten Schuljahre nicht als selbständige Unterrichtsach aufreten. Die Zahl der Stunden ist, damit das kindliche Interesse nicht erlahme, auf allen Unterrichtsstufen zu ver-

mindern. Die bisher übliche Zweiteilung des Religionsunterrichts in biblische Geschichte (Wibelklärung) und Katechismuslehre sowie die Anordnung des Stoffes nach konzentrischen Kreisen ist abzulehnen. Ebenso müssen die Religionsprüfungen und Religionszensuren weggelassen.

8. Der gesamte Religionsunterricht muß im Einklange stehen mit den gesicherten Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung und dem geläuterten sittlichen Empfinden unserer Zeit.

9. Neben der Reform des Religionsunterrichts der Volksschule ist eine entsprechende Umgestaltung des Religionsunterrichts im Seminar notwendig.

Wir bringen die viel umstrittenen Zwickauer Thesen noch einmal in ihrem Wortlaut, weil Dunkelmänner und Schulreaktionäre gegen die Lehrer den Vorwurf erhoben haben, sie wollten die Schule entchristlichen, sie seien auf dem Wege zum Umsturz heiligster Güter der Nation und was sonst noch an törichter Rederei von einem Finsterting ausgebrütet worden kann.

Die Lehrer denken gar nicht daran, die Forderung der Bremer Lehrer: Befreiung der Schule vom Religionsunterricht, auszusprechen. Ihre Thesen verfolgen vielmehr trotz des Wortlautes der ersten Zwickauer These den Gedanken, mit dem pädagogischen Unfug aufzuräumen, der Schule Religion als Unterrichtsach aufzuzwingen. Während die Dunkelmänner glauben, ein bis zum Platzen voller aufgeborener Saft von Bibelzitat, Katechismuszitat, Psalmen und Kirchenliedern mache den „wahren Christen“, den fromm-gläubigen Staatsbürger, wendet sich die sächsische Lehrerschaft vom pädagogischen Standpunkte aus mit Recht dagegen, daß ein Gebiet, das nur das Gefühlleben des Menschen berührt, zum Gegenstande eines törichten und unnützen Drills, einer peinlichen und innerlich verlogenen Unterrichtsarbeit gemacht wird. Der Kulturbedeutung des Religiösen werden sie dadurch gerecht, daß sie den Religionsunterricht als Geschichtsunterricht gelten lassen wollen.

Es wird ohne Zweifel eine ganze Anzahl von sächsischen Lehrern geben, denen die Zwickauer Thesen nicht weit genug gehen sind, sondern die auf dem Boden der sozialdemokratischen Schulforderungen, soweit sie das Verhältnis zwischen Religion und Schule berühren, stehen; nicht, weil es sozialdemokratische Forderungen sind, sondern weil sie im eigenlichsten Sinne pädagogischen Charakter tragen. Aber man braucht nur an den Punkt C des Entwurfs zu denken, dem die bürgerlichen Parteien in der zweiten Kammer zustimmten, um den bedeutsamen Fortschritt zu werten, der von der Gesamtheit der sächsischen Lehrerschaft vertreten wird.

Die bürgerlichen Parteien verteidigen hinter fast bedeutungslosen Konzeptionen, die für die Gegenwart jeden wirklichen Wert verloren haben, ihre Absicht, Fortschritte auf dem Gebiete des Religionsunterrichts zu verhindern; die Schule soll nach wie vor das Verkümmelungsinstitut bleiben, damit „dem Volke die Religion erhalten bleibe“. Der beste und wertvollste Teil der Schularbeit soll auch ferner dazu mißbraucht werden, der Jugend des Volkes Wallast aufzubürden, der von den meisten doch bei der ersten besten Gelegenheit über Bord geworfen wird.

Die bürgerlichen Parteien tragen die volle Schwere der Verantwortung, wenn die geplante Volksschulreform in einem ihrer wesentlichsten und bedeutendsten Punkte zu einem elenden Gaukelstücke wird, zu einer kläglichen Fassade neuer Rückständigkeit und schlimmster Verblendung über die Aufgaben der Schule.

Die bürgerlichen Parteien tragen die volle Schwere der Verantwortung, wenn der Jugend des Volkes und auch den Lehrern Volksschulen verjagt bleiben, die nicht unter Plunder und Mord erstehen, die nicht der bössartigen Gefahr ausgesetzt sind, jede Möglichkeit zu ernsthafter fortschrittlicher Entwicklung versperrt zu sehen.

Man darf sich freuen, daß die sächsische Lehrerschaft den Mut zeigt, im Gegensatz zu einer reaktionären bürgerlichen Volksvertretung Grundlinien vorzuzeichnen, auf denen eine Entwicklung zur Gesundung der Volksschule ermöglicht wird.

Um so mehr ist es Aufgabe aller Landtagswähler, die die Wichtigkeit aller Volksschul- und Erziehungsprobleme begriffen haben, dafür zu sorgen, daß nicht wieder ein Landtag als „Volksvertretung“ zusammenkomme, der in den wichtigsten Kulturfragen kläglich versagt und anstatt führend und fördernd zu wirken, zögernd und widerwillig das laute Volksfordern mit schwächlichen „Reformvorschlügen“ beantwortet, die über nach neuer schlimmer Reaktion riechen. Wenn die Wähler es mit ihrem Willen nach gesunden Volksschulen für die Jugend des Volkes Ernst meinen, wenn sie nicht länger dulden und zusehen wollen, wie die acht Schuljahre zur Seelenvergiftung und zum Verkümmelungszwang mißbraucht werden, wenn sie entschlossen sind, die Forderung durchsetzen zu helfen, daß die Schule die Aufgabe habe, das Rind für die kommenden Lebenskämpfe stark und reif zu machen, bleibt ihnen nur ein Weg: sozialdemokratisch zu wählen, sozialdemokratische Vertreter als einzig aufrichtige Kämpfer für wirkliche Kulturfortschritte in den Landtag zu entsenden.

## Der Tendenzprofessor.

Mehrere sächsische Blätter bringen jetzt Mitteilungen über die Leipziger Tendenzprofessur, die Professor Vinding auf dem Hochschullehreramt ans Licht gezogen hat. Die Mitteilungen, die aus dem Kultusministerium stammen, stellen den Fall wie folgt dar:

Das Angebot ging nicht von dem Zentralverband der Industriellen und dessen bekanntem Sekretär Busch aus. Vielmehr hat sich im Sommer vorigen Jahres eine Vereinigung aus Mitgliedern des Handels, der Industrie (darunter Freihändler und Schatzkammer), der Banken, der Technik und der Landwirtschaft, hervorragender Hochschulprofessoren, hervorragender Mitglieder des Reichstages, des preussischen Herrenhauses und des preussischen Abgeordnetenhauses verschiedener Parteien zum Zwecke der Unterföhrung von Forschungen auf dem Gebiete der gesamten Wirtschaftsgeschichte zusammengetan und u. a. den Beschluß gefaßt, wenn möglich, eine neue Professur für diesen speziellen Zweig der Volkswirtschaft, und zwar möglichst in einem Industriestaat zu ermöglichen. Am geeignetsten hielt man für diese Zwecke die Leipziger Universität, weil dann der neue Lehrstuhl zugleich in einer der größten Handelsstädte des Reiches stände. Das Komitee wandte sich nun an das sächsische Kultusministerium mit einem Vorschlag, indem es sich zugleich bereit erklärte, jährlich mit 30 000 M. ein berartiges volkswirtschaftliches Seminar für Wirtschaftsforschung in Leipzig zu unterstützen. Ein nach der Meinung des Komitees hierfür sehr geeigneter Professor wurde dafür in Vorschlag gebracht. Der Kultusminister hielt es für angezeigt, diesen Vorschlag der Fakultät als der für die Entscheidung zuständigen Stelle zu übermitteln, einmal, weil diese Vereinigung aus so vielen im politischen, industriellen, kaufmännischen und technischen Leben hervorragenden Persönlichkeiten und Hochschulprofessoren bestand, dann aber in der Hauptsache deshalb, weil der Minister der Ansicht war, daß er unbedingt an der bisherigen Besetzung der Lehrstühle und bei jeder Verlegung eines Professors zunächst das Gutachten der betreffenden Fakultät einzuholen. Nach der Ansicht des Ministers, der wie in diesem Falle durchaus beipflichtet, hatte die Fakultät einen Anspruch darauf, den Vorschlag von amtlicher Seite zu vernehmen, ehe er etwa von hier aus abgelehnt wurde. Die Fakultät hat dann ihrerseits einen beratigen Eingriff in ihr Wirken grundsätzlich und entschieden abgelehnt mit der ebenfalls sehr zu billigen Motivierung, daß davon nie und nimmer die Rede sein könne, daß besonders Gruppen auf die Zusammenlegung des akademischen Lehrkörpers etwa in ihrem Sinne einwirken könnten.

Diese Mitteilungen sind nur geeignet, sowohl die Tatsache des Korruptionsversuchs als auch das höchst tabulose Verhalten des sächsischen Kultusministeriums zu befestigen. Der Versuch der obigen Darstellung, den Kultusminister zu entlasten, erscheint äußerst gezwungen. Wenn es sich lediglich darum gehandelt hätte, für einen neuen Wirtschaftszweig eine neue Professur zu schaffen! Das Charakteristikum des Vorgangs, das keinesfalls verkannt werden soll, liegt aber darin, daß ein Komitee, das doch bestimmte Interessengruppen vertritt, in der einen Hand 30 000 Mark, in der anderen Hand den „sehr geeigneten Professor“ dem Kultusministerium zu überreichen unternahm. Ein solches Angebot ist das volle Gegenteil einer etwaigen sachlich wissenschaftlichen Anregung zur Ausgestaltung des Universitätsunterrichts. Auf ein solches Angebot gehörte sich die sofortige schroffe Abweisung durch den Kultusminister. Es kann nur lächerlich wirken, wenn da der Respekt vor dem Gutachten der Leipziger Professoren vorzuziehen verjagt wird.

Und wer war der „sehr geeignete Professor“, der dem Kultusministerium angeboten wurde? Es war Professor Ehrenberg in Rostock! Ausgerechnet Professor Ehrenberg, der sich als extremster Vertreter der Unternehmerrindividualität und des Unternehmerrindentums herportat, der die deutsche Wirtschaftsgeschichte in eine Ruhmesgeschichte für einzelne führende Industriemänner und Handelsgenossen erniedrigte, der in Fragen der Sozialpolitik gegen die „gefährlichen Bestrebungen“ der Kathedersozialisten zu Felde zog. Wahrlich ein Tendenzprofessor comme il faut! Man begriffe, daß jenes für die deutsche Wirtschaftsgeschichte so interessierte „Komitee“ es sich jährlich 30 000 M. kosten lassen wollte, wenn es diesen Mann aus der Rostocker Verborgenheit, wo er bis jetzt seine Weisheit lehrte, hervorzuziehen und in einen einflußreichen Mittelpunkt des deutschen Handels und der deutschen Wissenschaft rücken könnte.

So erfreulich es ist, daß die Leipziger Professoren in diesem Falle Ehrenberg der selbstverständlichen Pflicht ohne Zaudern und voll Entschlossenheit nachkamen, so beschränkend bleibt dieser Fall für den obersten Leiter des sächsischen Unterrichtswezens!

## Nach Ferrers Ermordung.

Die an Ferrer begangene kirchliche Schandtat wird im Auslande nicht nur von der liberalen, sondern auch von der konservativen Presse verurteilt. Im Lande der Kultur und Freiheit und ewigen Junterreaktion jedoch jubeln die konservativen und an dem Nordparteilich beteiligten Zentrumspapieren der spanischen Schandtat zu. Aus Brinzly und kulturfeindlicher Schamlosigkeit. Die Deutsche Tageszeitung gestattet sich eine Niederträchtigkeit folgenden Inhalts:

Wie ein großes Tollhaus erweist mitunter die sogenannte „Wissenschaft“ Welt. Der Herrst. Kummel, der jetzt in Nord und Süd, in Ost und West Verkündigungen in den Dörfern anrichtet, weint darüber, daß es auch einen Wahnsinn-Bozillus gibt, der epidemische Tollmut hervorruft. Nicht nur die Sozialdemokratie aller Länder, deren Geschäft es ja ist, für jeden Umsturz einzutreten, gleichviel wo er verübt werden mag, sondern alles, was radikal und demokratisch ist, erhebt ein müßes Geschrei über die Sinnlichkeit

Vertical text on the left margin, likely a printer's mark or address.